



Der Staat, der Welthandel und die Zivilgesellschaft

Ein Thesenpapier der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland mit Impulsen aus christlicher Sicht.

Handel ist das sichtbarste Zeichen der Globalisierung. Es hat sich gezeigt, dass er Arbeit und Wohlstand für einige bringen kann. Aber es gibt auch ein weit verbreitetes Unbehagen, ja sogar Misstrauen, gegenüber den neuen ökonomischen und technologischen Räumen, in denen wir uns bewegen.

(UN-Generalsekretär Kofi Annan)

I

Die gegenwärtige Situation

(1) Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtung von Regionen, Nationen und Kontinenten hat die Welt tiefgreifend verändert und geht auch an Deutschland nicht spurlos vorüber. Zwar ist die Bewegung von Gütern und Dienstleistungen, von Ideen und Kapital über nationale Grenzen hinweg nicht neu. Doch die Beschleunigung und Ausweitung dieser Vorgänge machen einen qualitativen Unterschied gegenüber früheren Zeiten aus. Zu Recht ist von der "räumlichen und zeitlichen Schließung der Welt" (H. Lübke) die Rede. Diese Globalisierung hat ohne Zweifel positive Auswirkungen. Nicht zuletzt wird durch sie der Friede zwischen den Industrieländern gefestigt. Denn wer Handel treibt, braucht Partner, nicht Feinde.

(2) Aber die Globalisierung kennt nicht nur Gewinner, sondern auch sehr viele Verlierer. Arme Länder sehen ihre Erwartungen enttäuscht. Statt der 'Einen Welt' entwickelt sich zusehends die 'One Economy'. Wo der Mangel an Einkommen die größte Not bildet, bleibt den Menschen der Zugang zu den Märkten und Institutionen verwehrt. Spekulative Kapitalströme, ausgelöst vom makroökonomischen Erfolg im reichen Teil der Welt, verursachen Finanzkrisen in anderen Erdteilen, die auch nach ihrer Überwindung Schäden zurücklassen: schlimmere Armut und noch größere Ungleichheit der Einkommen. Die Umweltkrise, ausgelöst durch den maßlosen Energieverbrauch vor allem der Industrieländer, droht im Zuge der Globalisierung außer Kontrolle zu geraten.

(3) Der ungesteuerte, nur dem Markt überlassene Globalisierungsprozess zwingt die ganze Welt in einen Konkurrenzkampf, der die Kluft zwischen Arm und Reich, den wirtschaftlichen Abstand zwischen den Ländern des 'Nordens' und des 'Südens', aber auch die soziale Ungleichheit in den reichen Ländern vertieft. Von der Verdichtung der weltweiten Beziehungen, von der Zunahme der Handels-, Finanz- und Kommunikationsströme können nur die Nationen profitieren, die, wie die Industrieländer, bereits reich oder auf dem Sprung in den Kreis dieser Länder sind. Offenkundig profitiert ein technologisch-finanzieller Komplex, der eine ungeheure Verfügungs- und Einflussmacht in den Händen weniger 'global players' vereinigt, die sich vor allem den Gesetzen der Ökonomie verpflichtet fühlen.

(4) Ein großer Teil der Welt verliert den Anschluss. Während der Welthandel in den letzten Jahrzehnten Zuwachsraten erzielte, die doppelt so hoch waren wie das Wirtschaftswachstum, hat sich der Anteil Afrikas am Welthandel, der einmal zwei Prozent betrug, in dieser Zeit fast halbiert. Viele Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents sind verkrüppelt durch die Verschuldungen, deren Konditionen ihnen in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von den Banken der Industrieländer aufgezwungen wurden. Nachkoloniale Ausbeutung plündert die Rohstoffe für ausländische Interessen, unter Mithilfe korrupter einheimischer Eliten. Die empfindlichen tropischen Ökosysteme potenzieren die Probleme. Eine afrikanische Apokalypse aber wird die Welt nicht verkräften.

Das Kernproblem

(5) Das Kernproblem der Globalisierung ist eine weltweite Gefährdung der öffentlichen Güter. Öffentliche Güter sind die Menschenrechte, demokratische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, ferner stabile Finanzmärkte, der Zugang zu Bildung und Information, Geschlechtergerechtigkeit sowie eine intakte Umwelt, ausreichende Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Energie. Auch Rechtsstaat und Frieden sind öffentliche Güter. Wenn wirtschaftliche Verflechtung den Frieden stärkt, so wird dieses öffentliche Gut gefährdet, wenn ein Staat auf den internationalen Märkten zu schwach ist. Es kommt darauf an, eine weltweite Ordnung zu schaffen, die die Früchte der Globalisierung allen zuteil werden lässt.

(6) Dies Kernproblem erfordert, auf dem Hintergrund des nationalen Willens zu sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich, die bestehenden internationalen Organisationen, allen voran die UNO, zu stärken. Für die Zukunft muss nach Wegen gesucht werden, Beschlüsse der UNO und ihrer Unterorganisationen in viel höherem Maße als bisher verbindlich zu machen und ihre Nichtbefolgung zu sanktionieren. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss über ihren Gründungsrahmen hinaus, der ihr nur technische, nicht politische Gestaltung zuweist, in ein demokratisch legitimes Gremium umgewandelt werden.

Gegenbewegungen

(7) Die Fehlentwicklungen der Globalisierung haben Gegenbewegungen ausgelöst. Sie wollen mehr als die 'Lokalisierung', von der die Weltbank spricht, wenn sie das Streben von Staaten und Regionen nach Selbstbestimmung meint. Sie agieren längst transnational, getragen von der Zivilgesellschaft. Zur globalisierungskritischen Zivilgesellschaft gehören die Nicht-Regierungsorganisationen, die sozialen und ökologischen Bewegungen und darin auch die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD).

(8) Die EAiD vertritt soziale, ökologische und einer gerechten Entwicklung dienende Werte. In diesem Engagement erkennt sie eine Grundform christlicher Existenz. Sie sieht sich damit in Übereinstimmung zum Beispiel mit Altpräsident Manfred Kock, der sagte: "Die Kirchen sind auf der Basis ihres Glaubens in allen politischen Kontexten den Grundwerten der Solidarität verpflichtet, ebenso einer Kultur des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Dieses ist ihr unverwechselbarer Beitrag zu einer Weltinnenpolitik."

Orientierung

(9) Basis des christlichen Glaubens ist die biblische Tradition. Wenn sie von Gerechtigkeit spricht, dann meint sie eine "Qualität von lebensfördernden Beziehungen". "Gerecht ist in der biblischen Sicht alles Tun, das die Gemeinschaftsbeziehungen fördert" (Konrad Raiser), ungerecht, was sie bedroht.

Es ist nicht gemeinschaftsgerecht,

- Menschen ihrer Lebensgrundlage zu berauben,
- die Hilflosigkeit von Menschen auszunutzen,
- das eigene Recht rücksichtslos durchzusetzen.

Schon die Bundesordnung Israels hält in einer frühen Gesetzessammlung konkrete Schutzmaßnahmen dagegen fest. Es sind Bestimmungen - u.a. zum Schuldenerlass und zur Schuldneramnestie -, die auf den Schutz des Lebensrechts der Armen zielen und einen Rechts- und Gewaltverzicht der Besitzenden verlangen.

Diese Tradition hat Jesus bekräftigt. Die Gerechten in seinem Gleichnis vom Weltgericht sind diejenigen, die die 'Geringsten' in ihren Notlagen wahrnehmen und mit dem Lebensnotwendigen versorgen.

Auch Martin Luther mahnt in deutlichen Worten: "Es ist niemandem von Gott verordnet, von den Gütern der Anderen zu leben."

II

Leitlinien einer lebensdienlichen Globalisierung

(10) Der ehemalige Direktor des IWF, Horst Köhler, hat unlängst "Wegweiser" zu einer lebensdienlichen Globalisierung benannt:

- Multilaterale Lösungen dürfen nationale Eigenverantwortung nicht unterhöhlen.
- Die Globalisierung braucht einen weltumspannenden Ordnungsrahmen, der dafür sorgt, dass öffentliche Güter bereit gestellt werden.
- Der soziale Ausgleich ist herzustellen, weil von ihm politische Stabilität und ein dauerhaft gutes Investitionsklima erwartet werden können.
- Globalisierung ist nicht misszuverstehen als globale Gleichschaltung von Wirtschafts- und Sozialmodellen.
- Globalisierung verlangt Respekt vor der kulturellen Vielfalt.
- Globalisierung bedarf eines Grundkonsenses über verbindliche Werte, unverrückbare Maßstäbe und persönliche Grundhaltungen.

Solidarität im Globalisierungskontext

(11) Trotz der Dynamik und Komplexität des Wandels müssen wir eine Wirtschaftsordnung herbei führen, die allen Menschen ein auskömmliches Leben in einer gesunden Umwelt bietet. In dieser Absicht wird den Entwicklungsländern heute 'good governance' abverlangt. Der Dirigismus des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) allerdings, der die Auflagen für die Gewährung von Hilfe an marktliberale und monetaristische Dogmen bindet, ist unfruchtbar und schädlich. Steuererhöhung, Haushaltskürzung, Kappung öffentlicher Dienste, Abwertung der Währung können nicht ohne Rücksicht auf die Situation eines Landes als Allheilmittel verordnet werden. Denn die in den Entwicklungsländern notwendigen Institutionen entwickeln sich unter diesen Umständen nicht. Die rigoros geforderte Öffnung der Binnenmärkte auch der ärmsten Länder für ausländische Erzeugnisse setzt eine Symmetrie des Warenaustausches voraus, die zwischen massiv ungleichen Volkswirtschaften nicht gegeben ist. Das Theorem der komparativen Vorteile versagt unter den realen Verhältnissen einer Weltwirtschaft, in der unterentwickelte "Habenichtse" Handel treiben sollen mit Industrieländern, die ihrerseits die Finanzmärkte beherrschen. Was heute zählt, ist der absolute Kostenvorteil in allen Märkten und Ländern gleichzeitig. Bei der Jagd nach dem absoluten Vorteil können arme Länder nicht mithalten.

(12) Im 20. Jahrhundert entwickelten protestantisch geprägte Ökonomen und Staatsrechtler in Deutschland vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit dem totalitären Staat das Konzept einer Freiheit gewährenden, sozialen Wirtschaftsordnung. Ihr Ziel war, die Freiheit der Person und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft bei Wahrung der Eigenständigkeit des Staates miteinander in Einklang zu bringen. So entstand das Konzept der

sozialen Marktwirtschaft. Es ist eine ordnungspolitische Idee. Es ist kein Konzept in dem Sinne, dass es für alle Zeiten in gleichem Sinn angewendet werden kann. Vielmehr bedarf es der ständigen Anpassung an die Anforderungen einer sich wandelnden Zeit. So wird heute versucht, das Konzept in Richtung auf eine ökosoziale Marktwirtschaft zu erweitern.

(13) Heute brauchen wir eine neue internationale Arbeitsteilung, in der die armen Länder ihre Chance erhalten, in der aber auch zunehmend Länder eine wichtige Rolle spielen werden, die wir früher allenfalls als Rohstofflieferanten und als Märkte für unsere Exportgüter verstanden haben. Für viele unserer angestammten Produkte sind sie heute schon zur Werkbank geworden, während die zugehörigen Arbeitsplätze bei uns unwiederbringlich verloren scheinen. Dies bedeutet, dass unsere eigene Rolle sich verändern wird. Was wir als großen Schritt auf dem Weg zu mehr globaler Gerechtigkeit begrüßen müssen, wird so zur Quelle für Beunruhigung und erfordert von uns ein schmerzhaftes Umdenken, wie wir uns in der neuen Konstellation behaupten können. Wir können nicht mehr allein auf "Aufschwung" und Wachstum setzen, wenn unser Anteil am Wachstum der Weltwirtschaft abnimmt.

(14) Europa muss dem neoliberalen Wirtschaftsmodell, das auch IWF und Weltbank dominiert, ein eigenes Modell einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft entgegen setzen. Freiheit für jede/n und Gerechtigkeit für alle müssen die Regulative dieses Modells sein. Eine solche Politik wird darauf hinarbeiten, allen Menschen auf der Welt die Angebote zu verschaffen und die Anrechte zu verleihen, die der kleinere Teil schon längst für sich in Anspruch nimmt. Vom Ausgang des Streits um die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik in unserem Land wird die Weichenstellung für die Politik der europäischen Gemeinschaft entscheidend abhängen, mit letztlich globalen Konsequenzen.

(15) Die Christen und die Kirchen werden sich der "Basis ihres Glaubens" erinnern und ihre Verpflichtung erneuern gegenüber denen, die im System verloren zu gehen drohen oder schon verloren sind. Sie werden sich als Teile der Zivilgesellschaft verstehen und sich entscheiden müssen, Bündnisse einzugehen, um politisch wirksam zu werden. Sie werden in diesen Bündnissen mit Blick auf das Lebensrecht aller öffentlich machen müssen, wo und wie wirtschaftliches Handeln dem Leben dient und wo nicht.

Beispiel GATS

(16) Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist ein Rahmenabkommen der WTO (World Trade Organisation) zur Regelung des internationalen Handels mit Dienstleistungen. Die WTO stellt keine Unterorganisation der Vereinten Nationen dar; da sie aber durch einen multilateralen Vertrag der UN-Mitgliedsstaaten begründet ist, besitzen WTO-Verträge Völkerrechtsstatus. Ihre Regeln haben einen höheren Rang als nationale Gesetze und sind für alle Mitgliedsländer verbindlich.

(17) Das GATS unterscheidet zwölf Dienstleistungssektoren von berufsbezogenen Dienstleistungen über Bildung, Kommunikation, Gesundheit, Umwelt, bis zu Bau und Montage, Vertrieb, Finanzierung, Transport und nimmt neben dem Luftverkehr nur solche aus, die "in Ausübung hoheitlicher Gewalt" erbracht werden. GATS erstreckt sich nicht nur auf den klassischen grenzüberschreitenden Handel, sondern auch auf ausländische Direktinvestitionen und zeitweilige Arbeitsmigration.

(18) Mit GATS wurde eine multilaterale Instanz geschaffen, die befugt ist, in die nationale Gesetzgebung und Regulierung von Dienstleistungen einzugreifen. Dies führt zu Kollisionen, die bis in die persönliche Lebensführung der Menschen durchschlagen. So darf es nicht dahin kommen, dass ein Staat für die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Umwelt, Gesundheit oder Altersvorsorge dem Druck der WTO ausgesetzt ist, wenn sie die Handelsinteressen fremder Unternehmen vertritt. Offenbar gefährdet das GATS das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Effizienz und Konkurrenzfähigkeit eines Landes

auf der einen Seite und sozialer Stabilität und Frieden auf der anderen. Dagegen ist festzuhalten, dass der Zugang zu öffentlichen Gütern einen sozialen Zusammenhang schafft, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist.

(19) Die Millenniums-Entwicklungsziele gab es noch nicht, als das WTO-Vertragswerk konzipiert wurde. Trotzdem wäre es wünschenswert gewesen, wenn das alte Ziel der Verringerung der Armut und der Kindersterblichkeit und das Bemühen um Geschlechtergerechtigkeit (gender equality) hier schon ihren Niederschlag gefunden hätten. Dienstleistungen auf diesen Gebieten - also Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen, Energie, Transport, Erziehung, Gesundheit - müssen von Regierungen und Bürgern so organisiert werden, dass sie wirklich der Bevölkerung zugute kommen und einen wirkungsvollen Beitrag zur Überwindung der Armut leisten, dass sie nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen und nicht in erster Linie der Exportförderung dienen.

Gegenstrategien

(20) Gegen Armut und Hunger in den armen Ländern genügen die kirchliche und private Not- und Katastrophenhilfe und auch die völlig unzureichend finanzierte Entwicklungszusammenarbeit des Nordens nicht. Diese Länder brauchen faire 'terms of trade', eine stärkere und differenzierte Einbeziehung in den Welthandel. Insbesondere für ihre Agrarprodukte müssen die Märkte geöffnet werden, ist doch die Landwirtschaft neben den Bodenschätzen ihre Haupteinnahmequelle.

(21) Von den Industrieländern wird dazu ein u.U. schmerzhafter Umdenkungsprozess verlangt. Die Abschaffung der Agrarsubventionen und des Protektionismus in ihren eigenen Ländern würde den Entwicklungsländern höhere Exporte ermöglichen und dadurch erhebliche Einkommenszuwächse gewähren; sie selbst aber müssten Einkommenseinbußen hinnehmen. Kompensatorische Maßnahmen etwa in Form von Direktzahlungen an die Landwirte für den Schutz von Landschaft und Umwelt wären dann wenigstens für einen Übergangszeitraum notwendig. Die Weiterentwicklung des Agrarabkommens von 1995 bleibt die Hauptaufgabe der 2001 in Doha begonnenen Verhandlungsrunde der WTO.

(22) Für den Finanzsektor bleibt die Einführung einer Devisen-Transfer-Lenkungssteuer (Tobin Tax oder eine ihrer Varianten) vordringlich. Diese Steuer bedeutet "Sand in das Getriebe" der Finanzmärkte. Sie wendet sich gegen die nicht-produktive Spekulation mit riesigen Geldmengen.

Darüber hinaus sind ständige Kapitalverkehrskontrollen erforderlich.

In gleicher Weise ist eine internationale Fusionskontrolle anzustreben.

Schließlich müssen Steueroasen, in denen sich Geld dem legitimen Zugriff des Fiskus entziehen kann, von allen Staaten weltweit abgeschafft und verboten werden.

(23) Heute findet eine Mehrheit der Bevölkerungen armer Länder ein bescheidenes Auskommen im so genannten "informellen Sektor". Dieser ist gekennzeichnet durch arbeitsintensive Produktion, einfache Techniken, geringe Löhne und oft auch durch das Fehlen sozialer Mindeststandards. Immerhin entsteht hier eine verteilbare Wertschöpfung, die noch auf lange Zeit mehr Arbeitsplätze bieten wird, als es durch den Aufbau von Industrien möglich ist.

Die Perspektive muss allerdings sein, den armen Ländern den Anschluss an die wissensbasierte technische Moderne zu ermöglichen. Viele politische und gesellschaftliche Voraussetzungen müssen dazu erst geschaffen werden. Wenn nach vorausgegangenen Investitionen ein eigener Stamm qualifizierter Arbeitskräfte aufgebaut sein wird, können diese Länder den Weg in die technische Moderne aus eigener Kraft gehen.

Wir brauchen Menschen, die in einem gewandelten Bewusstsein leben und als Zivilgesellschaft dafür sorgen, dass sich soziale und ökologische Regeln global durchsetzen. Das ist das Ziel.

Fulda, 17. April 2004

**Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Gerechtigkeit
der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland**

- Rolf Bellmann, *Bielefeld (Landesverband Westfalen)*
- Manfred Berg, *Berlin (Landesverband Berlin/Brandenburg)*
- Hans-Georg Dittrich, *Hemsbach (Landesverband Baden)*
- Margot Gilch, *71229 Leonberg, Krähwinkelweg 11
(Landesverband Württemberg; Vorsitzende der EAiD)*
- Dr. Werner Grau, *Bobenheim-Roxheim
(Landesverband Pfalz/Saar)*
- Siegfried Heinzel, *Garbsen (Landesverband Niedersachsen)*
- Christoph Hertel, *Waltenhofen (Landesverband Bayern)*
- Peter Meyer, *Bremen (Landesverband Nordwest)*
- Margret Schoenborn, *Dellbusch 298, 42279 Wuppertal
(Landesverband Rheinland; Leitung der Arbeitsgruppe, ViSdP)*
- Jürgen von Strauwitz, *Dresden (Landesverband Sachsen)*
- Dr. Gerd Wibberenz, *Molfsee
(Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein)*
- Manfred Zenker, *Bad Homburg (Landesverband Hessen)*